

STELLUNGNAHME

Rohstoffstrategie der Bundesregierung

Die neue Rohstoffstrategie der Bundesregierung muss den zunehmenden Bedarf an metallischen Rohstoffen berücksichtigen. Sie sollte die politischen und rechtlichen Grundlagen schaffen, um die Rohstoffversorgung der deutschen Wirtschaft langfristig sicherzustellen. Anforderungen beim Rohstoffeinkauf für die NE-Metallindustrie sollten einheitlich und standardisiert werden sowie auf einem risikobasierten Ansatz beruhen. Die Rohstoffpolitik ist dabei interdisziplinär zu gestalten. Ein Rohstoff-Check kann helfen, die Planbarkeit zu verbessern. Letztlich muss die neue Strategie das Recycling metallischer Rohstoffe als einen wesentlichen Teil der Rohstoffversorgung einschließen. Durch mehr Recycling lassen sich die heimischen Rohstoffreserven besser nutzen und die Importabhängigkeit senken.

1. Hintergrund

Die Bundesregierung ist momentan dabei, ihre Rohstoffstrategie aus dem Jahr 2010 zu überarbeiten. Eine Novellierung wird noch dieses Jahr erwartet. Damit wird den veränderten Rahmenbedingungen bei der Rohstoffversorgung Rechnung getragen. Unter anderem soll der erhöhte Bedarf an metallischen Rohstoffen in der Strategie stärker akzentuiert werden. Aber auch Themen, wie Sorgfalt in der Lieferkette oder das Recycling, erhalten eine noch größere Bedeutung.

Die deutsche NE-Metallindustrie unterstützt dieses Vorhaben. Denn Deutschland droht bei der Rohstoffsicherung den Anschluss zu verlieren. Vor allem handelsbeschränkende Maßnahmen der rohstoffreichen Staaten und die starke Angebotskonzentration von Metallen reduzieren die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Unternehmen. Staaten, wie China und Korea, agieren am Weltmarkt sehr bestimmt und verfügen teilweise schon heute über ein enormes Rohstoffangebot. Neben den eher marktgetriebenen Einflüssen haben sich in den vergangenen Jahren auch innenpolitische Schwierigkeiten aufgetan. Dazu gehören Zielkonflikte zwischen den Ressorts, offene Zuständigkeitsfragen und unklare Vorgaben bei den Fördermöglichkeiten. Auf diese Gemengelage muss die neue Rohstoffstrategie mit adäquaten Antworten reagieren. Dieses Papier hat das Ziel, die Ausgangssituation aufzuzeigen und gleichzeitig Lösungsansätze anzubieten.

2. Zahlen und Fakten

Die deutsche Wirtschaft ist in höchstem Maße vom Rohstoffimport abhängig. Für die NE-Metallindustrie stehen hierbei Metallerze und -konzentrate im Fokus. Unter anderem wurden im Jahr 2017 2,3 Mio. Tonnen Bauxit und 1,2 Mio. Tonnen Kupfererze und -konzentrate nach Deutschland importiert. Auch bei anderen Metallen kann eine starke Importabhängigkeit festgestellt werden, sie liegt für alle Metalle bei ca. 99,7 Prozent. Versorgungsengpässe von Rohstoffen können schwerwiegende Folgen im Produktionsprozess haben und sich durch die gesamte Lieferkette ziehen. Dies verdeutlicht etwa die schlechte Versorgungslage mit Tonerde im Jahr 2018, die eine direkte Folge der US-Sanktionen gegen Russland und damit einhergehend gegen die Firma Rusal war. Ohne Metallerze und -konzentrate gibt es keine Metallverarbeitung in Deutschland. Megatrends wie die Elektromobilität, die Digitalisierung und die Energiewende sind ohne Metalle nicht möglich.

Der Bedarf an metallischen Rohstoffen wird weiter zunehmen. Die DERA kommt in der Studie „Rohstoffe für die Zukunftstechnologie“ zum Ergebnis, dass der Bedarf an technologierelevanten Metallen bis 2035 signifikant steigt (siehe untenstehende Tabelle). Bei einigen metallischen Rohstoffen wird die Nachfrage mehr als das Doppelte der Primärproduktion im Jahr 2013 ausmachen.

Rohstoff	Mobilitätstechnologie
Leichte Seltene Erden	Elektrofahrzeuge
Kobalt	Lithium-Ionen-Akku
Kupfer	Elektromotoren
Germanium	Glasfaser
Platin	Brennstoffzellen
Aluminium	Leichtbau

Quelle: Eigene Darstellung

Trotz der Bedarfssteigerung sind Rohstoffreserven in ausreichender Menge vorhanden. Unter anderem wird die Reserven-Reichweite bei Bauxiten auf 132 Jahre, die Ressourcen Reichweite auf 295 Jahre taxiert. Bei Kupfer reichen die Reserven für 43 Jahre, die Ressourcen aber für 186 Jahre. Bei Lithium, ein wichtiger Rohstoff für die Batterieproduktion, wird die Reserve auf 382 Jahre und die Ressource auf 1000 Jahre geschätzt. Diese Werte zeigen, dass es also nicht um die vorhandenen Mengen geht, sondern um den Zugang zu den Rohstoffen.

3. Versorgungssicherheit als Herausforderung

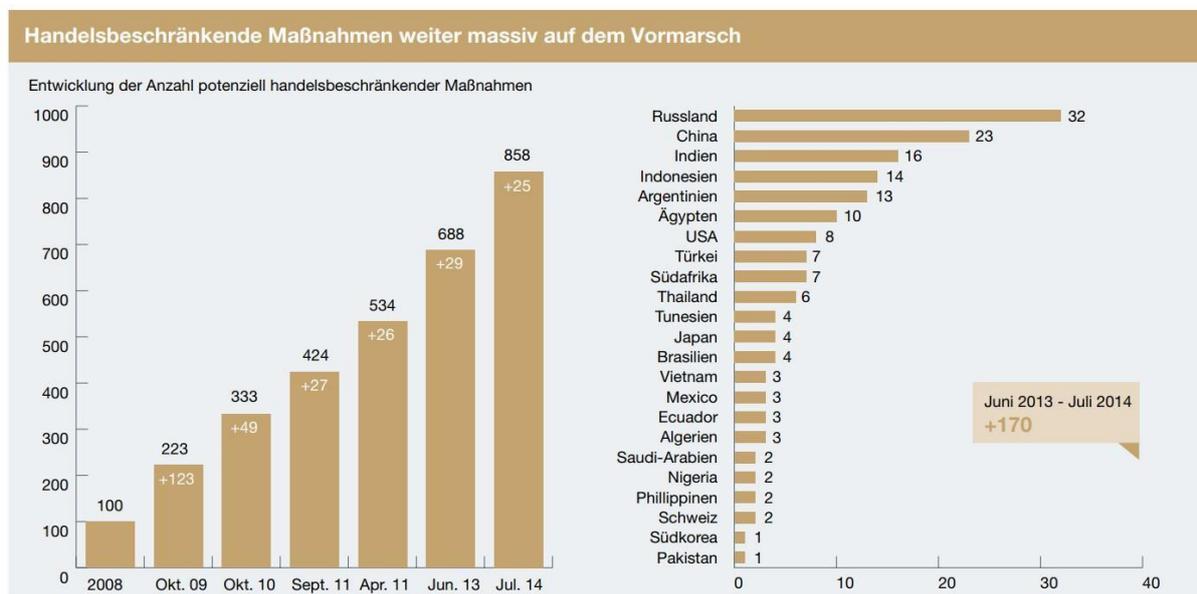
Die Versorgungssicherheit ist aus Sicht der WVMetalle der Kernpunkt der Rohstoffstrategie. Sie stellt sicher, dass die deutsche NE-Metallindustrie jederzeit auf benötigte Rohstoffe zurückgreifen kann, um die Metallproduktion am Standort Deutschland zu gewährleisten. Dies ist umso wichtiger, als es erhebliche Angebotskonzentrationen von metallischen Rohstoffen gibt, so z.B. bei den Metallen, die in Zusammenhang mit Elektromobilität nachgefragt werden. Dazu gehören Kobalt, Seltene Erden, aber auch Platin, Tantal und Blei. Die Volksrepublik China ist das Land, welches bspw. bei den Seltenen Erden ca. 80 Prozent der Weltproduktion kontrolliert. Mithilfe dieser Ressourcen versucht China, die Grundlage für zusammenhängende Wertschöpfungsketten aufzubauen und so die industriepolitischen Ziele des Staates umzusetzen.

Jedoch hält sich China beim Handel und Abbau von Rohstoffen nicht an die Spielregeln der WTO. Das verzerrt die Märkte und geht zu Lasten der deutschen Industrie. Nicht nur China, sondern auch andere Staaten versuchen mit teilweise aggressiven und unfairen Strategien metallische Rohstoffquellen zu erschließen. An dieser Stelle sollte der Staat zukünftig mehr Verantwortung übernehmen. Eine Möglichkeit wäre eine staatliche Institution nach dem Vorbild der KORES (Korea Resources Cooperation) zu gründen. Diese könnte sich bspw. um den strategischen Einkauf von Minenprojekten bemühen. Eine weitere Möglichkeit, um Angebots- und Nachfrageschwankungen auszugleichen, könnte ein strategisches Rohstofflager für Metalle darstellen. Diesbezüglich schlägt die WVMetalle

vor, dass die Bundesregierung innerhalb von zwei Jahren überprüft, ob solche Instrumente die Versorgungssicherheit der deutschen Industrie verbessern und welche weiteren positiven oder negativen rohstoffpolitischen Effekte damit einhergehen würden. Die Garantien für Ungebundene Finanzkredite (UFK) halten wir für ein geeignetes Instrument. Diese sollten allerdings modifiziert werden, bspw. sollte der UFK auf die Unternehmensfinanzierung ausgedehnt werden. Auf der Nachfrageseite ist China seit Jahren der Treiber des Rohstoff-(Preis-)Booms. Ein Beispiel: Die chinesische Nachfrage nach Kupfer lag im Jahr 1998 bei ca. 430.000 Tonnen. Im Jahr 2017 betrug dieser Wert 10.914.520 Tonnen.

Neben der steigenden Angebotskonzentration bereiten die zunehmenden staatlichen Eingriffe elementare Probleme bei der Verfügbarkeit von Rohstoffen und schaffen weitreichende Wettbewerbsverzerrungen auf den internationalen Rohstoffmärkten. Seit 2008 ist die Anzahl der protektionistischen Maßnahmen von etwa 100 auf insgesamt 858 gestiegen, lediglich 119 Maßnahmen wurden im selben Zeitraum abgebaut. Allein zwischen Juni 2013 und Juli 2014 gab es einen Anstieg neuer Handelshemmnisse um 25 Prozent. Insgesamt wurden in diesem Zeitraum 170 Handelsbeschränkungen neu eingeführt. Der Anstieg der Exportrestriktionen liegt bei 39 Prozent.

All das führt dazu, dass die zukünftige Versorgung mit Rohstoffen keineswegs gesichert ist, sondern es große Anstrengungen seitens der Politik bedarf, um Grundvoraussetzungen für eine auskömmliche Rohstoffversorgung sicherzustellen. Die Sicherung der Rohstoffe sollte daher im Fokus der neuen Strategie liegen. Dabei ist es enorm wichtig, dass die Ziele mit anderen Strategien (u. a. Industriestrategie) korrespondieren und sich nicht gegenseitig aushebeln. Eine Idee ist ein Rohstoff-Check, mit dem mehr Planbarkeit für die Industrie erreicht werden kann. Überdies sollten auch in Deutschland strategisch wichtige und rohstoffabhängige Industriezweige identifiziert werden. Dazu gehört die NE-Metallindustrie mit Zukunftsfeldern wie der Batterietechnologie, des Leichtbaus und des 3D-Drucks.



Quelle: BDI

4. Transparenzpflichten vereinfachen und harmonisieren

In den vergangenen Jahren ging es beim Rohstoffeinkauf vorwiegend um den Preis, die Qualität und die Verfügbarkeit der metallischen Rohstoffe. Heute nimmt aber auch die Transparenz in der Lieferkette einen immer wichtigeren Prüfungsaspekt beim Rohstoffeinkauf ein. Die Kunden unserer Unternehmen möchten wissen, unter welchen Bedingungen Metalle abgebaut werden, da Krisenherde weltweit die Frage nach der Beachtung von Menschenrechten immer mehr in den Mittelpunkt der Diskussion rücken. Die NE-Metallindustrie nimmt ihre herausragende Stellung im weltweiten Rohstoffhandel ernst. Insbesondere die Einhaltung von Menschenrechten stellen einen festen Bestandteil der Prüfung und Risikoabschätzung in den Unternehmen dar. Die Transparenzpflichten beeinflussen aber auch die Rohstoffverfügbarkeit. Denn nicht jede Rohstoffquelle kommt für die deutsche NE-Metallindustrie in Betracht. Gleichzeitig beziehen Konkurrenten am internationalen Markt uneingeschränkt von Rohstoffquellen, die über keine ausreichenden Standards verfügen. Wir fordern deshalb ein Level-Playing-Field bei der Einhaltung von Transparenzpflichten. Andernfalls erfahren unsere Unternehmen beim Rohstoffeinkauf Kostennachteile, die für Unternehmen beispielsweise aus China oder Indien nicht zutreffen.

Überdies ist nach Auffassung der WVMetalle die Transparenz in der Lieferkette freiwillig und/oder branchenbezogen zu regeln. Privatwirtschaftliche Initiativen, die Minen oder Zulieferer in rohstoffreichen Gebieten von Staaten auditieren, ggfs. zertifizieren, sollten unterstützt und gefördert werden. Wir sind der Ansicht, dass die Selbstregulierung in diesem Bereich effektiv funktioniert. Vor allem die Tatsache, dass Unternehmensinitiativen ihre Geschäftstätigkeit mit staatlichen Stellen abstimmen, macht deren Arbeit sehr zielführend und interdisziplinär. Allein in der NE-Metallindustrie sind über 50 Initiativen bekannt, industrieübergreifend sind es weit mehr.

Weitere, verbindliche Regelungen ausschließlich für Deutschland oder die EU zu implementieren, hätte negative Folgen. Denn die Rohstoffmärkte sind international und der europäische Beschaffungswettbewerb global. In Deutschland sind ausreichende gesetzliche Regelungen in Kraft. Jedes weitere Gesetz führt zu einer Schwächung der deutschen und europäischen Wettbewerbsfähigkeit, ohne die Situation in den Abbaugebieten zu verbessern. Der Nationale Aktionsplan Wirtschaft & Menschenrechte (NAP), die europäische CSR-Richtlinie oder auch die EU-Verordnung zu Konfliktrohstoffen sind hinsichtlich ihrer Wirkung zu überprüfen und ggf. anzupassen. Eine voreilige Ausweitung auf weitere Rohstoffe und Prüfgebiete lehnen wir ab.

Vielmehr sollten die entwicklungs- und außenhandelspolitischen Instrumente dazu genutzt werden, um die Situation vor Ort zu verbessern und Projekte zu initiieren. Hierbei bietet sich der Aufbau von Rohstoffnetzwerken in rohstoffreichen Staaten mit Bezug zu Ressourcen an. Diese Netzwerke könnten dabei helfen, die OECD-Standards in den Abbaugebieten umzusetzen, und praktische Hilfestellung geben. Dieser Ansatz korrespondiert im Übrigen mit dem NAP der Bundesregierung, der bereits eine stärkere Einbindung der Außenhandelskammern (AHK) bei der Erfüllung der Sorgfaltspflichten vorsieht. Daran anknüpfend ist eine enge Verzahnung zwischen AHK, GIZ und einem federführenden Ministerium erstrebenswert. Auch ist es sinnvoll, dass das German Mining Network die finanziellen Mittel bekommt, um deutsche Unternehmen bei der Sorgfalt in der Lieferkette zu unterstützen und Transmissionsriemen zwischen deutscher Wirtschaft und Behörden sowie Zulieferer in den rohstoffreichen Staaten zu sein.

EINFLUSSFAKTOREN BEIM ROHSTOFFEINKAUF

Qualität	Nachhaltigkeit	Preis	Verfügbarkeit
<ul style="list-style-type: none">- Probeeinkäufe- Qualifizierungsprozesse	<ul style="list-style-type: none">- Umweltstandards- Arbeitsschutz- Menschenrechte	<ul style="list-style-type: none">- London Metal Exchange- Metallpreisübersicht	<ul style="list-style-type: none">- Angebot/Nachfrage-Situation- Konzentration- Restriktionen/ Protektionismus



Quelle: Eigene Darstellung

5. Zuständigkeiten in den Ministerien verdeutlichen

Neben den gesetzlichen Grundlagen nehmen wir ein wachsendes Engagement der Bundesregierung in Sachen „Steigerung der Transparenz in Rohstofflieferketten“ zur Kenntnis. Wir beobachten, dass mehrere Ministerien (BMWi, BMUB, AA, BMAS, BMBF, BMZ und BMJV) zeitgleich in verschiedenen Vorhaben, Initiativen und Gesetzesvorhaben involviert sind. Dabei erscheinen die Aktivitäten nur teilweise koordiniert; lediglich vereinzelt werden Verbindungen hergestellt oder Abgleiche vorgenommen. Wir regen an, die unterschiedlichen Projekte zusammenzufassen und bspw. regelmäßige Diskussionsrunden in einem Interministeriellen Ausschuss unter Einbezug aller Stakeholder zu führen. Des Weiteren regen wir an, dass der Interministerielle Ausschuss (IMA) Rohstoffe ausgeweitet wird und Stakeholder, wie bspw. die Metallindustrie, integriert werden. Überdies sollte der IMA mit Unterarbeitsgruppen ausgestattet werden, die zu jeweiligen Themen im „Hauptausschuss“ berichten.

6. Recycling als wesentlicher Vorteil von NE-Metallen

Das Metallrecycling trägt erheblich zur Ressourcenschonung bei, sichert die Versorgung mit metallischen Rohstoffen und mindert die Abhängigkeit von politisch instabilen Wirtschaftsräumen. Beispielsweise wird heute mehr als die Hälfte der in Deutschland hergestellten NE-Metalle aus sekundären Rohstoffen erzeugt. Damit kann aber der deutsche Bedarf nur zu rund einem Viertel gedeckt werden.

Die Recyclingquoten von NE-Metallen in den Hauptanwendungsgebieten Bau, Automobilen oder Verpackungen sind bereits heute hoch, da aufgrund des hohen Metallwertes für alle Beteiligten Anreize bestehen, Schrotte und metallhaltige Reststoffe wiederzuverwerten. Anders als bei vielen anderen Materialien findet beim Metallrecycling kein Qualitätsverlust (Downcycling) statt und der Aufwand an Energie und der Ausstoß an CO₂ sind deutlich niedriger als bei der Gewinnung des Primärrohstoffes. Dennoch gibt es Verbesserungspotenziale, z. B. liegt die Erfassung von Elektroaltgeräten erst bei 45 Prozent. Die Miniaturisierung von Produkten, eine zunehmende Stoffvielfalt und immer mehr komplexe Verbundwerkstoffe stellen neue Anforderungen an Trenn- und Aufbereitungsverfahren.

Die Primärmetallproduktion wird aufgrund der weltweit steigenden Metallenachfrage für essenzielle Zukunftstechnologien wie erneuerbaren Energien, Hochleistungsnetze, E-Mobilität, Kommunikation

oder Leichtbau weiterhin notwendig sein. Daneben nimmt die Möglichkeit der Metallbedarfsdeckung aus dem sogenannten „anthropogenen Lager“ ebenfalls zu, da dieses Lager stark wächst; nach einer Studie von „Metalle pro Klima“ bis 2050 von heute 76,5 Mio. auf rund 130 Mio. Tonnen in Deutschland. Dies entspricht rund 1600 kg NE-Metall pro Einwohner.¹

80 Prozent des jemals erzeugten Kupfers und 75 Prozent des jemals erzeugten Aluminiums sind heute noch in der Nutzung. Gemeinsam mit anderen Metallen bilden sie ein wachsendes Materialreservoir, das nicht nur einmal, sondern immer wieder für ein Recycling zur Verfügung steht. Die EU hat im Rahmen des Circular-Economy-Paketes erst kürzlich Materialien, die ein derartiges „Potenzial für mehrfaches Recycling“ aufweisen, besonders gewürdigt. Nach Studien des Umweltbundesamtes² geht rund die Hälfte des Materialwerts des gesamten anthropogenen Materiallagers auf den Wert von Metallen zurück.

Zur Förderung des Recyclings regen wir folgende Punkte an:

I Produktgestaltung: Design for Recycling verbessern:

Recycling fängt bei der Produktgestaltung (Design for Recycling) an. Es ist daher zu begrüßen, dass die EU-Kommission im Rahmen des Mandats M/543 begonnen hat, verbindliche EU-Normen für die Recyclingfähigkeit von Produkten zu erarbeiten³. Im engen Dialog zwischen Herstellern und Recyclern muss es gelingen, die Bedingungen für eine bessere Zerlegung sowie die Reduzierung von komplexen Strukturen, z.B. bei Elektrogeräten oder Batterien, zu schaffen. Hier könnte an die Gründung eines „Runden Tisches Recycling“ gedacht werden. In diesem Zusammenhang empfehlen wir auch, ein Label für die Recyclingfähigkeit von Produkten zu entwickeln und einzuführen.

II Hemmnisse für Recycling im Regelwerk beseitigen

Stoffe in Altprodukten, die früher legal verwendet werden konnten, sind heute oft chemikalien- oder stoffrechtlich als „gefährlich“ eingestuft. Diese Einstufung macht nicht nur die Demontage der entsprechenden Produkte aufwändiger (Arbeitsschutz), sondern es gefährdet oft auch die sichere Verwendung dieser Stoffe in neuen Produkten. Bei Stoffeinstufungen muss daher frühzeitiger und systematischer als bisher auch das Recycling dieser Stoffe beachtet werden. Das bisher isolierte Nebeneinander von Stoffrecht und Recyclinggesetzgebung erschwert die zirkuläre Metall-Kreislaufwirtschaft.

III Produktverantwortungsoptimieren

Das stärkste Instrument des deutschen Abfallrechts in den vergangenen Jahrzehnten war die Einführung der Produktverantwortung. Beispiele hierfür sind Verpackungen, Altfahrzeuge, Batterien oder Elektroaltgeräte, für die entsprechende Produktrücknahmeverordnungen erlassen wurden. Das bewährte Instrument der Produktverantwortung sollte daher beibehalten werden. Allerdings sollte es innovativ ergänzt werden. Die Verwendung besonders recyclingfähiger Werkstoffe muss in den Lizenzgeltsystemen durch Gebührensenkungen belohnt werden, wie es das neue Verpackungsgesetz als auch die neue EU-Abfallrahmenrichtlinie vorsehen.

Darüber hinaus empfiehlt es sich, nach dem erfolgreichen Vorbild des Verpackungspfandes für weitere Produkte, wie z. B. Elektroaltgeräten oder Batterien, die Einführung von Pfandsystemen zu prüfen, um die Rücklaufmengen und die Sorteneinheit zu erhöhen.

¹ <https://metalleproklima.de/klimaschutzpotenziale-des-metallrecyclings-und-des-anthropogenen-lagers/>

² <https://www.umweltbundesamt.de/publikationen/urban-mining-ressourcenschonung-im-anthropozoen>

³ <http://ec.europa.eu/growth/tools-databases/mandates/index.cfm?fuseaction=search.detail&id=564>

IV Illegale Abfallexporte bekämpfen und Recyclingeffizienz verbessern

Die Bekämpfung illegaler und weitgehend unkontrollierter Abflüsse von werthaltigen Altprodukten in Länder, die geringere Umwelt- und Verwertungsstandards sowie Ausbringungsquoten als die EU aufweisen, muss weiterhin ein Ziel der deutschen Politik bleiben. Metallrecycling wird in Deutschland und Europa auf höchstem technischem Niveau unter BREF-Bedingungen durchgeführt.

Weltweit gibt es aber kein Level-Playing-Field mit verlässlichen, weltweiten Standards für das Metall-Recycling, obwohl es nur einen, an der London Metal Exchange ermittelten weltweiten Metallpreis gibt. Länder mit geringeren Recyclingkosten können aufgrund laxerer Standards daher auf dem Weltmarkt höhere Preise für Altprodukte und Abfälle zahlen. Zur Bekämpfung illegaler Exporte gehört u. a. die bessere Unterscheidung zwischen Produkten/Abfällen, aber auch effizientere Ausfuhrkontrollen, z.B. in Exporthäfen. Bei Blei-Starterbatterien gilt beispielsweise schon lange ein Exportverbot aus der EU.

Hierzu gehört auch eine Anpassung des Systems der Zolltarifnummern, um differenzierte statistische Exportdaten zu bekommen. Die kürzlich verabschiedete Normenreihe CEN/CENELEC 50625 zur Behandlung und zum Recycling von Elektroaltgeräten⁴ sollte umgehend im Rahmen der europäischen Altgeräterichtlinie (WEEE-Richtlinie) für alle EU-Mitgliedstaaten rechtlich verbindlich gemacht werden, um einen einheitlichen Behandlungsstandard für die EU festzuschreiben.

FORDERUNGEN ZUR ROHSTOFFSTRATEGIE DER BUNDESREGIERUNG

- 1. Versorgungssicherheit gewährleisten:** Deutschland muss weitere Allianzen mit rohstoffreichen Staaten eingehen und den politischen Rahmen für mehr Kooperation schaffen. Die Außenhandelskammern und andere Stakeholder sollten eng eingebunden werden. Die Bundesregierung muss sich auf allen Ebenen (G7, G20, WTO, OECD) für die Abschaffung von Handelsverzerrungen im Rohstoffbereich einsetzen. Überdies sollten innerpolitisch die Strukturen geschaffen werden, die eine nachhaltige Rohstoffversorgung sicherstellen. Stichworte sind dabei der Rohstoff-Check, deutsches KORES, Anpassung des UFK und Förderung von strategisch wichtigen Zukunftsfeldern wie Batterietechnologie, Leichtbau und 3D-Druck. In diesem Zusammenhang sollte es eine Analyse geben, inwiefern es sinnvoll ist, eine strategische Rohstoffreserve oder eine staatliche Rohstoffagentur nach dem Vorbild Südkoreas zu erschaffen.
 - 2. Level-Playing-Field bei Transparenzpflichten:** Deutschland muss sich international dafür einsetzen, dass dieselben Transparenzregeln für alle gelten. Zusätzlich fordern wir eine Harmonisierung der Anforderungen in Deutschland und klar geregelte Zuständigkeiten in den Ministerien. Überdies ist es notwendig, Governance-Strukturen in den Abbaugebieten mithilfe einer nachhaltigen Entwicklungs- und Außenpolitik aufzubauen. Deutsche entwicklungs- und außenhandelspolitische Instrumente sind dazu zu nutzen, die Situation vor Ort zu verbessern und Projekte zu initiieren. Zudem sollten Ministerien wie das BMZ sicherstellen, dass die von der Weltbank auferlegten Umwelt- und Sozialstandards während der Projektlaufzeit (Minenprojekte) überwacht werden.
 - 3. Recycling stärken:** Die EU benötigt verbindliche EU-Normen für die Recyclingfähigkeit von Produkten und muss das Instrument der Produktverantwortung stärken. Überdies appellieren wir an die Politik, die illegalen Abfallexporte zu stoppen. Bei chemikalienrechtlichen Stoffeinstufungen muss dringend auch das Recycling dieser Stoffe beachtet werden. Das bisher isolierte Nebeneinander von Stoffrecht und Recyclinggesetzgebung erschwert die zirkuläre Metall-Kreislaufwirtschaft. Die Normenreihe CEN/CENELEC 50625 zum Recycling von Elektroaltgeräten sollte im Rahmen der europäischen Altgeräterichtlinie (WEEE-Richtlinie) für alle EU-Mitgliedstaaten verbindlich sein, um einen einheitlichen Behandlungsstandard für die EU festzuschreiben.
-

⁴ http://ec.europa.eu/environment/waste/weee/standards_en.htm

Berlin, den 04. Juli 2019

Kontakt:

Dr. Sebastian Schiweck
Leiter Handels- und Rohstoffpolitik | Verkehrs- und Zollpolitik
Telefon: 030 / 72 62 07 – 107
E-Mail: schiweck@wvmetalle.de

Rainer Buchholz
Leiter Kreislaufwirtschaft und Ressourceneffizienz
Telefon: 030 / 72 62 07 – 120
E-Mail: buchholz@wvmetalle.de

Wirtschaftsvereinigung Metalle, Wallstraße 58/59, 10179 Berlin